



An
Herrn Bürgermeister Jan Edo Albers
die Ratsmitglieder der Stadt Jever

04.02.2026

**Prüfung eines Böllerverbots bzw. weitergehender Einschränkungen des privaten
Feuerwerks im gesamten Stadtgebiet Jever**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleg:innen,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt,

dass in einem der nächsten zuständigen Fachausschüsse erneut geprüft wird, ob und in welcher Form ein Verbot des Abbrennens von privatem Feuerwerk (Böllerverbot) im gesamten Stadtgebiet Jever eingeführt werden kann bzw. ob weitergehende Einschränkungen erforderlich sind.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. die veränderte gesellschaftliche Bewertung des privaten Feuerwerks,
2. aktuelle sicherheitsrelevante Entwicklungen (Verletzte und Todesfälle im Zusammenhang mit Silvesterfeuerwerk),
3. Ergebnisse früherer Beteiligungsverfahren in Jever,
4. rechtliche Handlungsspielräume der Kommune,
5. mögliche Alternativen wie zentrale, organisierte Feuerwerke,
6. Erfahrungen anderer Kommunen sowie Stellungnahmen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten.

Begründung

Bereits am 12.12.2019 wurde im Rat der Stadt Jever angeregt, ein Böllerverbot zumindest für Teile des Stadtgebiets – insbesondere die Altstadt – zu prüfen. Diese Anregung wurde später im Ausschuss für Bürgerbeteiligung aufgegriffen, konnte jedoch pandemiebedingt zunächst nicht weiterverfolgt werden.

Im Jahr 2021 wurde eine Online-Bürgerumfrage zum Thema Silvesterfeuerwerk durchgeführt. Die Beteiligung war zwar insgesamt gering, das Ergebnis jedoch eindeutig: Nur rund 36 % der Teilnehmenden sprachen sich gegen ein Verbot aus, während eine Mehrheit entweder ein Verbot oder zumindest ein zentrales, organisiertes Feuerwerk befürwortete.

Seitdem hat sich die gesellschaftliche und politische Bewertung des privaten Feuerwerks weiter verändert. Bundesweit unterstützen inzwischen zwischen 2,7 und 2,9 Millionen Menschen eine Petition der Gewerkschaft der Polizei, die sich für ein Verbot bzw. für deutlich strengere Regelungen ausspricht. Hintergrund sind insbesondere die jährlich wiederkehrenden schweren Verletzungen, Todesfälle, Angriffe auf Einsatzkräfte sowie erhebliche Sach- und Umweltschäden.

Auch im europäischen Ausland ist ein Umdenken erkennbar: So haben die Niederlande inzwischen ein landesweites, weitgehendes Verbot von privatem Silvesterfeuerwerk beschlossen, das nur noch wenige Ausnahmen zulässt. Ziel ist dort ebenfalls, die Zahl der Verletzten zu reduzieren, Einsatzkräfte zu schützen und öffentliche Sicherheit sowie Ordnung zu verbessern. Dieses Beispiel zeigt, dass umfassende Regelungen rechtlich möglich und politisch umsetzbar sind.

Darüber hinaus sprechen Aspekte des Tier-, Umwelt- und Denkmalschutzes sowie die Entlastung von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten zunehmend für eine Einschränkung des privaten Feuerwerks. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass freiwillige Appelle allein nicht ausreichen, um Risiken wirksam zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine erneute, aktualisierte Befassung mit dem Thema geboten. Ziel sollte es sein, auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse, der veränderten gesellschaftlichen Bewertung sowie aktueller Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene zu prüfen, ob ein generelles Böllerverbot, räumlich begrenzte Verbote oder alternative Konzepte (z. B. zentrale Feuerwerke) für die Stadt Jever sinnvoll und rechtlich umsetzbar sind.

Der Fachausschuss soll hierzu eine Empfehlung erarbeiten und dem Rat der Stadt Jever eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Jever

Oliver de Neidels

Almuth Thomßen

Sina Beckmann

Beate Berghaus

Olaf Harjes

Dr. Nicola Koch

Karl Oltmanns